

i Fijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 383

18. April 2007

13. Jahrgang

Auf der Suche nach Sicherheit, Teil 2

Wir veröffentlichen im Folgenden den zweiten Teil einer differenzierten Analyse der Sicherheitsfrage in Guatemala, die Carmen Rosa de León-Escribano in der Zeitschrift *diálogo* von FLACSO im März 2007 machte. León-Escribano ist Leiterin des *Instituts für eine Erziehung zur nachhaltigen Entwicklung* (IEPADES) und Mitglied der *Beratenden Gruppe für Sicherheitsfragen* der guatemaltekischen Regierung.

Im ersten Teil, veröffentlicht im letzten ¡Fijáte!, untersuchte León-Escribano die historische Entwicklung und Rolle der Sicherheitsinstitutionen sowie die normativen Rahmenbedingungen, die es unmöglich machen, dass das staatliche System der Wahrung innerer Sicherheit funktioniert.

Die Hauptprobleme

Trotz dieses normativen Rahmens waren die jeweiligen Regierungen nicht in der Lage, eine öffentliche Sicherheitspolitik zu entwickeln. Ohne eine mittel- und langfristige Perspektive haben die entsprechenden Aktionen einen konjunkturellen Charakter und es fehlt ihnen eine Vision, die über die jeweilige Regierungszeit hinausgeht. Gegenüber dem wachsenden Bedürfnis der Bevölkerung nach Sicherheit verfallen die Behörden in Aktionen mit repressivem Charakter, die keinerlei Veränderungspotential in sich haben.

Mit dem Inkrafttreten der Friedensabkommen 1997 begann die Reform der Polizei, die in den vergangenen 10 Jahren eine schwierige Phase durchlaufen hat. Begonnen hat es mit der Entscheidung des damaligen Präsidenten Alvaro Arzú, 90% der ehemaligen Nationalpolizei in den neuen Apparat zu integrieren. Erwartungsgemäss durchdrangen die alten Laster und Vorgehensweisen die Institution und die Idee, die mittleren und oberen Kader auszuwechseln, wurde zu einem Ding der Unmöglichkeit. Schwierig war ebenfalls die Entscheidung während der Regierung der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), die Richtlinien für eine Militärkarriere zu ändern, was erlaubte, dass der Polizeidirektor eine institutionsferne, ohne ein spezifisches Profil entsprechende Person sein kann. Eine Folge von dieser Entscheidung ist ein wenig professionelles Polizeikorps, dessen Verhalten nicht der Doktrin entspricht und deren Leistungen sowohl qualitativ als quantitativ unbefriedigend sind.

Bei der Klassifizierung von Delikten gibt es drei Problemfelder, die im Konzept der zivilen Sicherheit zusammenkommen. Das erste ist die Existenz von klandestinen Strukturen, die sich während des internen Konfliktes im Schutze des Staates entwickeln konnten und die sich, weil sie die Institutionen bestens kennen, haben einnisten und ausbreiten können bis hin zur Übernahme der absoluten Kontrolle dieser Institutionen. Diese Strukturen setzen heute die Regierbarkeit einer schweren Prüfung aus und sind zu einem grossen Teil für die Straflosigkeit verantwortlich, die Strafverfolgungen und Verbrechensbekämpfung fast unmöglich macht.

Die zweite Dimension finden wir im organisierten Verbrechen, das sowohl ein Produkt von transnationalen Verbindungen wie von Operationszellen der klandestinen Strukturen ist.

Und die dritte ist die allgemeine Delinquenz, die teilweise durch lose und konjunkturelle Verbindungen mit den ersten beiden in Verbindung steht. Das beste Beispiel für diese dritte Dimension sind die *maras* (Jugendbanden), die Verbrechen begehen einerseits, um das eigene Überleben als Gruppe zu sichern, andererseits im Auftrag des organisierten Verbrechens. Überfälle auf öffentliche Transportmittel oder die zunehmende Ermordung von Frauen können demgemäss Einzelverbrechen sein, oder aber auch Teil klarer Strategien innerhalb grösserer Allianzen.

Um in seinen Antworten auf die Bedürfnisse der Bevölkerung nach Sicherheit effizienter zu sein, muss der Staat diesen drei Dimensionen integral und koordiniert begegnen.

Als Kernprobleme der zivilen Sicherheit können folgende Punkte genannt werden:

1. Fehlen eines zivilen Geheimdienstes: Geheimdienstaktivitäten in einer demokratischen Gesellschaft dienen dazu, Informationen zu beschaffen, zu analysieren und zu verarbeiten, um den Aktivitäten des (organisierten) Verbrechens vorzubeugen. Da es in Guatemala bisher nur einen militärischen Geheimdienst gab, braucht es im Rahmen eines Transformationsprozesses die Schaffung und Stärkung eines zivilen Geheimdienstes. Deshalb wurden die *Direktion des zivilen Geheimdienstes* unter dem Innenministerium und das *Sekretariat für strategische Analysen*, das direkt dem Präsidenten unterstellt ist, geschaffen.

Da beide Institutionen nicht oder nur beschränkt funktionieren, ist der Präventionseffekt gleich null. Polizeiinterventionen beschränken sich deshalb auf reaktionäre Aktionen, auf Präsenz der Patrouillen an Orten des Verbrechens; aber es fehlt an koordinierten Aktionen, um der wachsenden Kriminalität etwas entgegenzusetzen. Es wird mehr auf die Anzahl der PolizistInnen und ihre Ausrüstung gesetzt, denn auf ihre Ausbildung und Spezialisierung. In

der Vergangenheit war man auf die Informationen des militärischen Geheimdienstes angewiesen. Heute – und das ist noch viel schlimmer – gibt es Hinweise darauf, dass das Innenministerium seine Information aus privaten Kreisen bezieht. So wurden im Jahr 2004 vom Innenministerium für mehr als 18.000.000.00 (?) Quetzales Geheimdienstinformationen „gekauft“.

2. Mangelhafte kriminalistische Untersuchungen: Es existiert eine gravierende Lücke in der Koordination von Ermittlungen zwischen der Staatsanwaltschaft und der Polizei. In Guatemala werden nur 5% der „Delikte gegen Leib und Leben“ aufgeklärt. Dies u. a. deshalb, weil es keine klare Aufgabenteilung gibt zwischen den beiden Institutionen, was zu Beweisverlusten und Spurenverwischungen am Tatort führt. In beiden Institutionen fehlt es an spezialisiertem Personal.

In diesem Zusammenhang ist es dringend notwendig, das *Nationale Institut für forensische Wissenschaften* (IN-ACIF) finanziell auszustatten, damit die Laboratorien zusammengeführt, technisch aufgerüstet und die Untersuchungen koordinierter durchgeführt werden können, so dass den StaatsanwältInnen schlüssigeres Beweismaterial zur Verfügung gestellt werden kann. Die Ineffizienz der Untersuchungen beeinflusst den hohen Grad an Straflosigkeit innerhalb der Institutionen, wodurch interne Kontrollen und Disziplinarverfahren mangels Beweisen oftmals nicht durchgeführt werden können oder eingestellt werden müssen.

3. Langsame Beschlussfassung der Gerichte: Zu den mangelhaften Untersuchungen kommt das langsame Vorgehen der Gerichte. Beides zusammen führt zu einem Vertrauensverlust in die Justiz und fördert die Straflosigkeit. Die Mehrheit der Gerichtsbeschlüsse wird aufgrund von (oft falschen) ZeugInnenausagen und nicht aufgrund von handfestem Beweismaterial getroffen, was nicht zur Glaubwürdigkeit der Justiz beiträgt. Die Langsamkeit bei der Urteilsverkündung wirkt sich negativ auf die Situation in den Gefängnissen aus, wo die Mehrheit der Gefangenen (fast 60%) ohne Urteil sitzt.

4. Kollabierendes Gefängnisssystem: Bis vor kurzem war Guatemala das einzige Land des Kontinents, das kein Gesetz über das Gefängniswesen hatte. Die Probleme in den Gefängnissen sind vielfältig. So gibt es z.B. keine Instanz, die für die Ausbildung und Qualifizierung des Gefängnispersonals zuständig ist. Gefängnisse werden als Ort der Stra-

fe und nicht als Ort der Rehabilitation verstanden. Es mangelt an Geldern, die Infrastruktur und entsprechend die hygienischen Bedingungen sind katastrophal, die Sicherheitsvorkehrungen mangelhaft und es gibt keine nach Verbrechen aufgeteilte Gefangenen-Kategorien. Ebenso wenig wird unterschieden nach Untersuchungs- und verurteilten Gefangenen.

5. Mangelnder Opferschutz: Die Aufgabe des Staates ist nicht nur die Vorbeugung oder Bekämpfung von Verbrechen, sondern auch der Schutz von und die Wiedergutmachung an den Opfern. Der vorher beschriebenen Logik zufolge wird die Figur des Opfers verwischt durch ein Konzept, in dem jede Person grundsätzlich verdächtigt wird. Ein neues Modell, das mit und für die BürgerInnen steht, muss Aktivitäten entwickeln, die nicht nur den Schutz der Person ins Zentrum setzen sondern auch Mechanismen kennen, um die Opfer zu entschädigen.

Auf der Suche nach Lösungen

Reorganisation und Stärkung der Institutionalität von Sicherheit und Verteidigung

Nach einer Analyse der Sicherheits-Situation drängt es sich auf, für eine Stärkung der – zivilen – Institutionen zu plädieren, die den neuen Herausforderungen einer demokratischen Sicherheit gewachsen sind. Dazu braucht es nicht bloss eine übergeordnete Instanz, deren Aufgabe die Erarbeitung einer Nationalen Sicherheitsagenda und –politik ist, sondern es braucht auch die entsprechenden Mechanismen, Abläufe und klaren Richtlinien für ein gemeinsames Handeln, um diese Politik umzusetzen und koordinierte/gemeinsame Aktionspläne zu entwickeln.

In diesem Sinne schlug die Beratende Gruppe in Sicherheitsfragen (CAS) ein Nationales Sicherheitssystem vor, das die Reform der involvierten Institutionen und eine klare Aufgabenteilung bzw. -zuweisung vorsieht. Im Rahmen dieses Systems (das dem Präsidenten unterstehen soll) wird ein oberstes Organ, der Nationale Sicherheitsrat, geschaffen, dem neben dem Präsidenten der Vizepräsident, die Innen-, Verteidigungs- und AussenministerInnen angehören sowie das Sekretariat für strategische Analysen. Letzteres soll die Geheimdienste der verschiedenen Instanzen koordinieren.

Ebenfalls wird die Transformation des aktuellen Innenministeriums in ein Sicherheitsministerium vorgeschlagen, dem die präventiven, abschreckenden

und reaktiven Polizeikörpern unterstehen, ebenso wie die verschiedenen Abteilungen der Kriminalpolizei, das Gefängniswesen und die zivile Instanz zur Vergabe von Waffenlizenzen und Munition. Funktionen wie diejenigen der Nationalen Druckerei (Bewilligungen von Vereinsgründungen und Lotterien), die heute auch dem Innenministerium angehört, würden anderen Instanzen übergeben werden.

Im Falle der Zivilen Nationalpolizei müssten der Bereich der Prävention und die Mechanismen zur internen Kontrolle ausgebaut werden. Die jüngsten Ereignisse zeigen, dass das Problem in denjenigen Einheiten vorherrscht, die zur Bekämpfung des organisierten Verbrechens eingesetzt werden. Deshalb reicht es nicht, die über 1700 angesammelten internen Beschwerden zu untersuchen und gegebenenfalls Disziplinarverfahren und die juristischen Schritte einzuleiten, sondern es muss auch ein Anforderungsprofil mit klaren Bedingungen für zukünftige Mitglieder dieser Einheit erstellt werden.

In der heutigen Situation und angesichts der weit verzweigten Netze des organisierten Verbrechens innerhalb der Polizei, müssen die oben beschriebenen Prozesse von internationalen SpezialistInnen begleitet werden, um die notwendige Objektivität und Effizienz sowie den entsprechenden Rückhalt zu garantieren. Es darf nicht vergessen werden, dass kürzlich verschiedene Personen, die mit der Untersuchung polizeiinterner Klagen beauftragt waren, umgebracht wurden.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:

Postbank Karlsruhe

BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller

Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate

Im nationalen Kontext ist die Einsetzung der *Internationalen Kommission gegen Straflosigkeit in Guatemala* (CICIG) dringend notwendig. Gemäss der *Myrna Mack-Stiftung* zeichnet sich die CICIG als fundamental ab, um Untersuchungen und Prozesse gegen das von den illegalen Körperschaften und klandestinen Strukturen (CIACS) ausgehende Phänomen der politischen Gewalt einzuleiten. Gleichzeitig hilft sie, die Kapazitäten der staatlichen Sicherheitsinstitutionen zu stärken und Politiken zu definieren, die das Erstarken solcher Gruppierungen längerfristig unmöglichen machen.

Definierung und Umsetzung einer präventiven Sicherheit

Prävention ist eine Hauptkomponente von Sicherheit. Die Prävention von Delikten ist aber nicht nur eine Aufgabe der Polizei. Es gibt andere sogenannte Risiko-Faktoren im Zusammenhang mit Delikten, deren Prävention in der Verantwortung anderer staatlicher Institutionen liegt, wie z. B. der freie Zugang zu Alkohol und zu Waffen, die zunehmende Jugendarbeitslosigkeit, die geringe Kaufkraft der Bevölkerung, die grassierende Ungerechtigkeit und die beschleunigten Urbanisierungsprozesse. Die Prävention dieser Tendenzen bedarf einer öffentlichen Politik, die Ressourcen für soziale Investitionen zur Verfügung stellt. Was auf diesem Weg nicht erreicht werden kann, muss später mit mehr Polizei und mehr Gefängnissen bekämpft werden.

Als normativer Rahmen für präventive Sicherheit dient das Modell der demokratischen Sicherheit, das auf zwei Hauptaktivitäten beruht, die fundamental sind für ihre Umsetzung: Die Prävention und die Partizipation der Gesellschaft. Die Prävention wird zu einem Schwerpunkt, auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene. Dazu braucht es das Zusammentragen, die Analyse und die Systematisierung von Informationen, um entsprechende Strategien auszuarbeiten. Je mehr vorgebeugt werden kann, desto kleiner wird die Verletzbarkeit. Andererseits ist die integrierte und gleichberechtigte Beteiligung der Bevölkerung in den verschiedenen Bereichen der Sicherheit ein wichtiger Bestandteil jeglicher Massnahmen, sollen diese erfolgreich sein.

Deshalb ist es dringend notwendig, eine präventive Sicherheitspolitik zu entwickeln, um neue Formen des Zusammenlebens zu etablieren, das auf positiven Werten basiert und mehr Freiheit und Sicherheit zur Folge hat. In diesem Zusammenhang ist die Rolle der lokalen Behörden und der Kommunalen Entwicklungsräte zentral und wichtig für die

Koordination und Umsetzung einer präventiven Sicherheitspolitik.

Schlussbemerkung

Die jüngsten Ereignisse haben dazu geführt, dass die politischen Parteien, die Zivilgesellschaft und die Regierung ihre Kräfte zusammengeschlossen haben. Es gibt eine tiefe und geteilte Überzeugung, dass wir an einem Tiefpunkt angelangt sind und dass die Antwort auf die aktuellen Probleme nicht von einem Sektor allein gegeben werden kann. Es ist der Moment gekommen, wo die Veränderungen angepackt werden müssen und es braucht die politische Reife, diese Veränderungen als einen Prozess zu verstehen. Die Schwäche und Verletzbarkeit unserer Systeme zu politisieren reicht nicht mehr. Der Feind, der sich in Form von Korruption, Mord und Straflosigkeit konkretisiert, muss gemeinsam bekämpft werden.

Präsident Oscar Berger hat die *Beraternden Gruppe in Sicherheitsfragen*

(CAS) um Unterstützung angefragt bei der Einführung eines *Nationalen Sicherheitssystems* und bei der Umsetzung dringender Massnahmen zur Stärkung der polizeilichen Institutionalität und zur Schaffung eines zivilen Geheimdienstes.

Der Erzbischof, der Menschenrechtsprokurator und der Rektor der Nationalen *Universität von San Carlos* haben ein *Nationales Abkommen* vorgeschlagen, das in die selbe Richtung geht. Menschenrechtsorganisationen und SpezialistInnen der Thematik haben Vorschläge präsentiert, um Kontroll- und Sanktionsmechanismen innerhalb der Polizei durchzusetzen. Es besteht jetzt die Möglichkeit, den politischen Parteien das Versprechen abzunehmen, gemeinsam mit dem Rest der Gesellschaft eine demokratische Sicherheitspolitik zu entwickeln und die notwendigen Schritte einzuleiten, um die Bedürfnisse nach Sicherheit, Frieden und Freiheit der GuatemaltekinInnen zu institutionalisieren.

Wechsel an der Polizeispitze

Guatemala, 13. April. Als erste Amtstat bestätigte die neue Innenministerin, Adela de Torrebiarte, den ministerlichen Berater Víctor Rivera, alias Zacharías, im Amt. Rivera wird u.a. von der *Patriotischen Partei* beschuldigt, zu einer unter Ex-Minister Viemann funktionierenden Todeschwadron zu gehören. Es gäbe Hinweise, gab Torrebiarte zu, aber keine Beweise und sie könne nicht aufgrund von Gerüchten jemanden entlassen. Der ursprünglich aus Venezuela stammende Rivera war früher Berater im salvadorianischen Innenministerium, wo er ebenfalls in ominöse Geschichten verwickelt war. Unter anderem war er dort mit der Ermittlung der von Vater D'Aubisson beauftragten Ermordung von Bischof Romero beauftragt.

Die Ministerin erklärte ebenfalls bei ihrem ersten Auftritt, dass die der Stärkung des *Büros für professionelle Verantwortung* (ORP) innerhalb der Polizei grosse Priorität einräume. Dies ist der Ort, wo Klagen gegen das Fehlverhalten von Polizeiangehörigen eingereicht und behandelt werden. Die Säuberung der Polizei von Delinquenz und Korruption bezeichnet sie als eine der dringlichsten Aufgaben, die sie angehen will. Zuerst ging sie aber in die Osterferien und überliess es den Medien, über ihre zukünftigen Aufgaben und die Frage, ob sie diesen auch gewachsen sei, zu spekulieren.

In der Presse sprach man von 10 grossen Herausforderungen, mit denen sich „Adelita“ umgehend auseinandersetzen müsse: das Gefängniswesen, die Säuberung der Polizei, der Drogenhan-

del, die Jugendbanden (maras), die Militärpatrouillen, die Verbesserung des Rufs der Institution, der Fall der salvadorianischen Abgeordneten, die Sicherheitsfrage während der Wahlen, die sozialen Säuberungen, Erpressungen und Entführungen. Ebenfalls wurde in der Presse die Statistik veröffentlicht, gemäss der 9 von 10 GuatemaltekinInnen kein Vertrauen in die Polizei haben und ihr Korruption und Erpressung vorwerfen. Eine unmögliche Aufgabe für die neue Ministerin? In zahlreichen Artikeln und Kommentaren wird Torrebiarte als eine integre und klare Frau beschrieben, der man zutraut, dieser gewachsen zu sein.

Nach den Osterferien verkündete die Innenministerin die ersten personellen Veränderungen im Ministerium. Als Nachfolger des ebenfalls zurückgetretenen Polizeidirektors Erwin Sperisen ernannte sie Julio Roberto Hernández Chávez, der bereits seit 23 Jahren in der Institution arbeitet und einen Universitätsabschluss in Kriminologie hat. Sein Stellvertreter ist neu: Henry Rubén López Gómez, auch langjähriger Karrierist innerhalb der Polizei. Ausserdem ernannte sie vier neue Vizeminister, der Chef des Migrationsamtes bleibt dagegen doch der alte: Santos Cuc. Zum neuen Chef der Kriminalpolizei (DINC) wurde Alexander Gómez Tomás ernannt, während der Posten des ebenfalls im Rahmen des Skandals um die PARLACEN-Abgeordneten zurückgetretenen Gefängnisdirektoren noch offen blieb. Zudem verlangte Torrebiarte von 20 Ex-Militärs, die einen Beraterstatus in der Polizeidirektion bekleideten, den Rücktritt.

Was gibt es vor der UNO zu verstecken?

Guatemala, 10. April. Präsident Oscar Berger hat die beiden UNO-SonderberichterstatterInnen Jila Hinani und Vernon Muñoz gebeten, ihre für dieses Jahr vorgesehenen Besuche erst 2008 zu realisieren. Die Sonderberichterstatterin für Menschenrechte, Jila Hinani, wurde während der Regierungszeit von Berger nie zu einem Besuch eingeladen, was sie in ihrem Bericht des Jahres 2006 entsprechend kritisierte. Der erste Besuch überhaupt von Vernon Muñoz, Sonderberichterstatter zum Thema Recht auf Bildung, wäre für die letzte Aprilwoche vorgesehen gewesen.

Der Entscheid der Regierung, die beiden „auszuladen“, fiel bei den lokalen Medien und sozialen Organisationen auf vehemente Kritik und Protest.

Die Tageszeitung *Prensa Libre* z.B. schrieb, es sei in der aktuellen demokratischen Phase des Landes unlogisch, sich dem Besuch der beiden UNO-Abgeordneten zu widersetzen, vor allem, da es sich um zwei so sensible Themen wie die Menschenrechte und Bildung hand-

le. Mit der Weigerung, die zwei zu empfangen, ziehe die Regierung den Verdacht auf sich, in beiden Angelegenheiten etwas verstecken zu wollen.

Gerade was den Bildungsbereich betrifft, ist die Vermutung sicher zutreffend. Muñoz wollte nämlich sein Augenmerk speziell auf die Zweisprachigkeit des Schulunterrichts, das Budget des Bildungsministeriums und die Arbeitssituation der LehrerInnen richten.

Zwar lobt auf der einen Seite Präsident Berger die Erfolge seiner Erziehungsministerin Carmen Aceña in den höchsten Tönen. Auf der anderen Seite ist aber der seit Monaten offensichtliche Konflikt zwischen der Ministerin und den LehrerInnen in keiner Weise ausgestanden (siehe z.B. ¡Fijáte! 382). Aktuell droht die *Nationale LehrerInnengewerkschaft* (ANM), am 21. April erneut in den Streik zu treten, falls die von Präsident Berger zugesagten Kompromisse nicht umgesetzt würden.

Anlässlich einer gemeinsamen Pressekonferenz kritisierten auch das

Kollektiv Bildung für Alle und das *Internationale Zentrum für Untersuchungen in Menschenrechtsangelegenheiten* (CIIDH) das Verhalten der Regierung. Es sei politisch nicht kohärent, den SonderberichterstatterInnen die Türen zu verschliessen und gleichzeitig auf einen Sitz in der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) zu aspirieren. Francisco Cabrera, Sprecher der beiden Organisationen, sieht im „Besuchsverbot“ der beiden UNO-Abgeordneten ganz klar wahlpolitische Gründe: Die GANA will ihre (Wieder-)Wahlchancen nicht gefährden durch internationale Kritik an ihrer Bildungs- und Menschenrechtspolitik.

Interessanterweise nennt auch Bildungsministerin Carmen Aceña die Wahlen als Grund dafür, weshalb der Besuch von Muñoz verschoben wurde: Da die Schulhäuser als Wahllokale dienen und entsprechend hergerichtet werden müssten, habe man im Moment keine Zeit, den UNO-Abgeordneten gebührend zu empfangen.

Alles bleibt beim Alten im Menschenrechtsprokurat

Guatemala, 11. April. Mit 112 von 149 Stimmen wurde der aktuelle Menschenrechtsprokurator Sergio Morales im zweiten Durchgang vom guatemaltekischen Kongress wiedergewählt und tritt am 20. August seine zweite Amtsperiode von fünf Jahren an.

Nebst Morales schlug die Parlamentarische Menschenrechtskommission den verdienten Menschenrechtler Ramón Cadena und überraschenderweise den bis vor kurzem als UNE-Abgeordneter amtierenden Ángel Salazar als Kandidaten vor. Bereits diese Vorwahl löste vor allem in Menschenrechtskreisen Misstrauen aus. Die aus dieser Ecke vorgeschlagenen KandidatInnen waren der Direktor des *Erzbischöflichen Menschenrechtsbüros* ODHA, Nery Rodeñas, die Frauenrechtlerin Hilda Morales und der Anwalt Marco Antonio Aguilar. (siehe ¡Fijáte 278) KeineR dieser drei wurde in der Vorauswahl berücksichtigt, was vor allem zu Protest seitens der Frauenorganisationen führte, die sich für Hilda Morales stark machten.

Sergio Morales wurde während der letzten Wochen vom *Kollektiv sozialer Organisationen* (COS) vorgeworfen, er ginge bei einzelnen Kongressabgeordneten auf „Stimmenkauf“ und mache ihnen „unanständige“ Angebote. Der Beschuldigte wies dies weit von sich: Seine geleistete Arbeit sei wohl Visitenkarte genug.

Obwohl sich die einzelnen Parteien

im Vorfeld der Wahl abgesprochen und intern entsprechende Direktiven durchgaben, war man sich nicht sicher, ob Morales im ersten Durchgang die notwendige 2/3-Mehrheit (105 Stimmen) erlangen würde. Eigentümlich war auch die Anordnung der Fraktionspräsidentin der *Patriotischen Partei* (PP), Roxanna Baldetti, dass ihre ParteikollegInnen ihre Wahlzettel offenlegen sollten, um zu kontrollieren, dass sie auch wirklich Sergio Morales wählten. Ihr Kollege Francisco Barquín Aldecoa zeigte sich verärgert über diese Verfügung und befolgte sie erst, nachdem er von Parteipräsident Otto Pérez Molina telefonisch den Befehl dazu bekommen hatte.

Im ersten Durchgang erhielt Sergio Morales nur 92 Stimmen, Ángel Salazar 31 und Ramón Cadena 11, 13 Stimmen wurden leer eingelegt. Der zweite Wahl-

durchgang, der nur noch zwischen Salazar und Morales stattfand, verlief dann eindeutig zu Gunsten von Morales. Er erhielt die Unterstützung folgender für die Wahlen vom Herbst relevanten Parteien: FRG, PAN, UNE (die sich gegen ihren Parteikollegen Salazar stellte), PP und GANA. Er hat es offensichtlich geschafft – sei es tatsächlich durch seine Arbeit der letzten viereinhalb Jahre oder durch irgendwelche politischen Absprachen – sich die Gunst aller ernsthaft in Frage kommenden zukünftigen Regierungsparteien zu sichern.

Sergio Morales ist sicher nicht der schlechteste Menschenrechtsprokurator – er ist aber auch nicht der mutigste und es bleibt zu hoffen, dass er, nachdem er seinen Posten nun erfolgreich verteidigt hat, auch wieder etwas „Biss“ zurückgewinnt.

Der linke Linkshänder

Guatemala, 4. April. Die Partei der ehemaligen Guerilla URNG gab ihre Unterstützung für Miguel Ángel Sandoval (El Zurdo – der Linkshänder) als Präsidentschaftskandidaten der Koalition MAIZ bekannt. Der bald 50-jährige Sandoval ist Mitgründer der Guerilla-*Armee der Armen* (EGP), war Mitglied der Verhandlungskommission der URNG bei den Friedensverhandlungen und ist auch heute noch ein anerkannter Politaktivist. Wer ihn als Vize begleitet, ist

noch unklar, es werde aber entweder ein Indígena oder eine Feministin sein, erklärte Sandoval.

Sandovals Kandidatur muss beim Parteikongress am 8. Mai noch offiziell bestätigt werden, danach wird die Wahlkampagne losgehen. Seine Chancen stehen gut, denn wirkliche Alternativen gibt es nicht, nachdem Rigoberta Menchú das Angebot der URNG zu Gunsten des *Encuentro por Guatemala* ausgeschlagen hat.

Auf der Überholspur ins Verkehrs-Chaos – Unterwegs mit der Transmetro

Seit Anfang Februar ist auch Guatemala City eine moderne Stadt. „Die erste Transmetro Zentralamerikas“ steht auf den riesigen Plakaten, die „Tu Muni“ (Deine Gemeindeverwaltung) über den Eingängen zu den Transmetro-Stationen aufgehängt hat. Doch mit dem, was die Besucherin aus der Schweiz mit dem Begriff „Metro“ assoziiert, hat das neue Transportmittel nicht viel gemeinsam – und trotzdem übt es ein gewisse Faszination aus. „Sind Sie schon einmal mit der Transmetro gefahren?“ wird zur Standardfrage der Besucherin bei ihren Begegnungen in der Hauptstadt.

Die Idee ist simpel: Von den bis zu 4-spurigen Ein- bzw. Durchfahrtsstrassen der Hauptstadt wird eine Spur für den Privat- und Handelsverkehr gesperrt, mit grellgrüner, im Volksmund „muni-grün“ genannter Farbe gestrichen. Auf dieser Spur dürfen einzig die ebenfalls münigrünen Transmetro-Busse fahren. Im Moment funktioniert erst die Route auf der Aguilar Batres / Avenida Bolívar, die vom Süden ins Stadtzentrum führt, weitere Linien sind in Planung bzw. im Bau.

FussgängerInnenpassarellen erleichtern den Zugang zu den Haltestellen und gleichzeitig das Überqueren der lebensgefährlichen Strassen, Unter- oder Überführungen an kniffligen Verkehrsknotenpunkten garantieren der Transmetro „freie Fahrt“. Durch das System, dass das Fahrgeld vor dem Besteigen des Busses bezahlt werden muss (vorläufig kostet eine Transmetro-Fahrt 1 Quetzal, gleich viel wie eine Fahrt in einem „normalen“ Bus) sollen Überfälle auf die Busfahrer unrentabel gemacht werden. Um zu verhindern, dass die Fahrgäste überfallen werden, ist ein Riesenkontingent an Sicherheitskräften an den Haltestellen sowie in den Bussen selber postiert worden.

Die Vorteile sind einleuchtend: Wer einmal eine Transmetro bestiegen hat (es heisst, die Wartezeiten an den einzelnen Haltestellen seien unterschiedlich und zum Teil sehr lang), reist relativ schnell von Punkt A nach Punkt B. Fixe Haltestellen und keine winkenden Personen am Strassenrand, die zusteigen wollen, tragen das Ihre zu einem flüssigen Vorwärtskommen bei. Ob wegen des Prepaid-Systems oder wegen des Sicherheitsaufgebots: in den bald zwei Monaten seit die Transmetro unterwegs ist, haben die Medien noch über keine Überfälle auf Buseinheiten oder wartende Passagiere berichtet. Nicht zuletzt ist es begrüssenswert, wenn sich in Zeiten all-

gemeiner Privatisierungswut die, pardon, „mi“ Muni für den öffentlichen Verkehr verantwortlich fühlt.

Die Nachteile sind ebenfalls offensichtlich: Das chronische Verkehrsproblem (verstopfte Strassen und kilometerlange Staus) verschärft sich durch das „Wegnehmen“ einer Fahrspur. Dazu kommen monatlich 10'000 neue Fahrzeuge auf den Strassen der Hauptstadt. Der Transmetro zum Opfer fielen gewisse direkte Busrouten, die jetzt nur noch durch Umsteigen – und zweimaligem Bezahlen des Fahrpreises – gefahren werden können. Ein Mangel an dem neuen System ist sicher auch, dass es in keiner Weise rollstuhlgängig ist: Auf die Fahrsteige kommt man nur über die Passarellen und diese sind nur über Treppen zu erklimmen. Die Möglichkeit, dass nach den ersten defizitären Betriebsjahren die Transmetro privatisiert wird, kann auch nicht ausgeschlossen werden.

Doch wirklich zu Überzeugen mögen die Argumente der GegnerInnen nicht. Tatsächlich löst man auch mit dem Bau weiterer Transmetro-Routen das chronische und zunehmende Verkehrsproblem der Hauptstadt nicht. Aber darüber nachdenken, dass sich dieses Problem längerfristig eh nur dadurch lösen lässt, dass die AutofahrerInnen ihre Mobilität per Privatwagen einschränken (geht es doch nicht nur um ein Verkehrsproblem sondern auch um ein gravierendes Umweltproblem), will niemand so recht. Das Argument, der hauptstädtische Bürgermeister und ehemalige Präsident, Alvaro Arzú, habe sich mit der Transmetro ein Denkmal setzen wollen, mag stimmen.

Wahlpropagandistisch hätte er es aber kaum nötig gehabt, denn es scheint sich im Hinblick auf die Wahlen 07 kein andere KandidatIn für dieses Amt zu interessieren. Und ob sich der anfängliche Kritikpunkt Nr. 1, das Problem des langen Wartens mit der Zeit und der zunehmenden Routine der Transmetro-BenutzerInnen von selber löst, bleibt abzuwarten.

Trotzdem und unabhängig von aller zum Teil berechtigten Kritik spürt man einen leichten Hauch von modernem Grossstadtwind, wenn man frühmorgens mit der Transmetro ins Stadtzentrum fährt: Geschäftiges Treiben auf den Fahrsteigen; kein Gedränge, die Menschen stehen beim Einsteigen geduldig in der Warteschlange; die Angestellten von „Mi Muni“ in ihren grellgrünen Westen überbieten sich in ihrer Hilfsbereitschaft (die Besucherin aus der Schweiz darf sogar gratis mitfahren, weil sie das erste Mal nicht gewusst hat, dass die Ticketautomaten ausschliesslich mit 1-Quetzal-Münzen gefüttert werden müssen – und trotzdem keine Tickets ausspucken); der „älteren Dame“ (damit ist wieder die Besucherin aus der Schweiz gemeint) wird von einem Mitfahrer höflich ein Sitzplatz angeboten, den sie gerne annimmt und die Gunst der Stunde nutzt, um mit dem jungen Herrn ins Gespräch zu kommen – über die Transmetro selbstverständlich.

Auch wenn das Transportproblem in der Hauptstadt weiterhin der Lösung harren muss – irgend einen „Trans-Effekt“ scheint dieses neue Verkehrsmittel doch zu haben!

Zurück aus Bolivien

Guatemala, 02. April. Dreissig Häuser, ausgestattet mit dem Grundlegenden: Strom, Wasser, Kanalisation, Betten und Kücheneinrichtung stellen das neue Zuhause für die 157 RückkehrerInnen dar, die nach 24 Jahren in Bolivien dieser Tage endlich nach Guatemala zurückgekommen sind. (siehe ¡Fijáte! 377). Angesiedelt werden die dreissig Familien auf der Finca El Rosario im Ort La Ciénaga, Livingston, Izabal. Fünfzehn von den damals Exilierten bleiben aufgrund neuer Familienverhältnisse in Bolivien.

Zur Verfügung stehen zudem eine Schule für die rund 50 zurückgekehrten Kinder, ein Gemeindesalon und ein Gesundheitszentrum. Produktive Projekte zur Wiedereingliederung, psychologische Betreuung und eine sichere Nah-

rungsmittelversorgung über ein Jahr sollen ihnen die Heimkehr erleichtern.

1981 hatten zahlreiche Familien Guatemala aufgrund der militärischen Verfolgung im internen bewaffneten Konflikt Richtung Honduras verlassen. Zwei Jahre später beantragten sie Unterstützung vom UN-Flüchtlingshochkommissariat, das sie nach Bolivien weiterleitete. Seit 2004 hatte das guatemaltekische Aussenministerium den Prozess der Rückführung ins Heimatland aufgenommen, der sich jedoch wiederholt verzögerte.

Mit Willkommensplakaten und Hallo erwartete eine Gruppe von BewohnerInnen in Santa Elena, Flores, die HeimkehrerInnen am Flughafen, von wo aus sie im Bus nach Livingston gebracht wurden.

¡Hijole...! Die einmonatliche Kolumne von Fernando Suazo

Der Hass

Ich weiss, dass dies kein präsentabler Titel für einen Artikel ist, schon gar nicht in der süsslichen-duftenden guatemalteckischen Osterzeit. Doch unsere Realität ist mit Nägeln gespickt, die zwar, treten sie im Kontext der verehrten Heiligenbilder auf, für die einen heilig sind – für die armen Leute jedoch sind sie tödlich.

Gestern klopfte ein Kind aus der Nachbarschaft an unsere Tür. Es trug ein Huhn unter dem Arm: „Meine Mutter fragt, ob Sie nicht dieses Huhn kaufen wollen. Ihr wurde im Gesundheitszentrum eine Spritze zur Beruhigung ihrer Nerven verschrieben und sie hat das Geld dafür nicht“.

Aus einer nahen Strasse drang die Trommel der Prozession zu uns. Sofort kam mir eine andere Szene in den Sinn, die ich kürzlich erlebt hatte: Ein armer Mann, der bei einer Prozession eine Reliquie auf seinen Schultern trug und dessen Mobiltelefon plötzlich klingelte. Da lief er dann vor mir her, sprach in sein Telefon, auf den Schultern das Gewicht des Heiligen.

Gegenüber dem Kind mit dem Huhn dachte ich: Weshalb können die Armen Guatemalas Mobiltelefone haben, aber keine Ärzte und Spitäler, geschweige denn Medikamente? Weshalb ist die Landschaft des abgeschiedensten Weilers mit Plastikflaschen von Limonaden internationaler Marken überhäuft, aber die Leute in diesen Dörfern haben keine Milch? Weshalb wird der Fernseher zum Hausaltar erhoben, sobald das erste Stromkabel in eine Gemeinde gezogen wird, und gleichzeitig bleiben die Leute AnalphabetInnen? Weshalb dient das Wissen, das unsere Jugendlichen durch eine höhere Bildung erwerben, irgendeiner Entwicklung weit weg von uns und bleibt nicht in unseren Dörfern?

Es gibt unzählige solcher Paradoxien, die von PolitikerInnen und MeinungsmacherInnen verschwiegen werden. Die sozioreligiösen Aktivitäten dieser Tage sind eine vortreffliche Vertuschung der tatsächlichen sozialen und weltweiten Widersprüche und dienen dazu, jedwelche Unzufriedenheiten zu beschwichtigen. Aber die reine und harte Wahrheit ist, dass diejenigen, die ihre „Dienste“ der Bevölkerung anbieten, dies nicht zu deren Besten tun, sondern um den Gewinn einiger weniger zu steigern. Eiskalt, berechnet, wettbewerbs-tauglich. Diese soziale Brutalität bekommt etwas Triviales und die damit einhergehende Gewalt etwas Natürli-

ches. Hass existiert offiziell nicht.

Einem Beispiel davon begegnete ich vor einigen Tagen in Form des Fotos von Nelly Marzouka, das auf der Webseite von www.rebellion.org erschienen ist. Ein jüdisches Mädchen in einem Sommerkleid, wie irgend ein Kind des Nordens, das mit lachendem Gesicht die Widmung „Für das palästinensische Volk“ auf eine Rakete schrieb. Schrekkerregende Bilder, aber, wer will von Hass sprechen beim fröhlichen „Kinderstreich“ eines Mädchens im Sommerkleid? Und trotzdem, nur ein extremer Hass schafft es, Panzer oder zum Abschluss bereite Rakete als unschuldiges Spielzeug oder als grosse Schokoladenbonbons darzustellen. All dies ist inspiriert vom übergeordnete Hass gegen die PalästinenserInnen.

Es gibt unzählige solche Situationen. Noch sind die Verbrechen im Zusammenhang mit der Ermordung der drei PARLACEN-Abgeordneten aus El Salvador weit von einer Aufklärung entfernt. Trotzdem erklärt die neue, den Wirtschaftskreisen nahestehende Innenministerin, Adela de Torrebiarte, in ihrer Antrittsrede, dass sie nichts über mögliche Todesschwadronen innerhalb der Polizei wisse, und bestätigt den in dieser Beziehung mehr als verdächtigen Zacarías (Víctor Rivera) als Polizeiberater.

Dazu kommt, dass in diesen Tagen die Besitzer der privaten Sicherheitsfirmen, darunter bekannte Ex-Militärs, (denen zum Teil das US-amerikanische Visum entzogen wurde weil sie in Drogengeschäfte involviert sind), die insgesamt rund 120'000 private Sicherheitsagenten angestellt haben, darauf warten, dass der Kongress sie als eine legale Unternehmenskammer anerkennt.

Es gibt zahlreiche und fundierte Hinweise, dass die jüngsten, einschneidenden kriminellen Taten von Gruppen des organisierten Verbrechens begangen wurden, wobei just Agenten von privaten Sicherheitsfirmen in die nationale Polizei eingeschleust wurden. Und all dies ohne einen Funken von Hass...

Eine andere, von unsichtbarem Hass geprägte Situation ist die von Marcela Gereda auf www.albedrio.com publizierte Konversation zwischen Studierenden der *Universität Francisco Marroquín*, der Wiege der guatemalteckischen neoliberalen Elite, die ihren Wunsch äussern, es sollte doch nur „normalen und guten Leute wie ihnen“ ein Studium in Spanien ermöglicht werden und gleichzeitig einer Mitstudentin

empfehlen, sie „solle die Verlobte eines Spaniers werden, um die Rasse zu verbessern“. Derselbe rassistische Diskurs, den vor zwanzig Jahren die Ethnologin Marta Casás der alten guatemalteckischen Oligarchie zugeschrieben hat, wird heute von den neuen Vorkämpfern des Neoliberalismus wiederholt. Derselbe Diskurs derselben politisch und wirtschaftlich dominanten Klasse, die damals den Genozid organisierte und uns heute eisern die Straflosigkeit aufzwingt und die uns ... mit ganzseitigen und vierfarbigen Inseraten unsere Osterzeit versalzt. Auch hier ist der Hass nicht sichtbar, bloss die dezenten Gesten der „guten Leute“.

Oder weltweit gesehen, die kriegerische Verrücktheit, die im Nahen Osten von den Besitzern der grossen Petrolkorporationen betrieben wird. Oder die unerbittliche Ausbeutung der Naturressourcen unseres Landes oder vieler anderer Länder des Südens. Oder die neokoloniale Strategie der Bioenergie, die den Mythos des Ethanols als sauberem Kraftstoff beschwört, aber gleichzeitig die lebenswichtigen Getreidesorten Lateinamerikas verteuert, uns Monokulturen aufzwingt und, gemäss Vorrassagen, neue Hungersnöte in den traditionell Getreide anbauenden Ländern provoziert.

Doch all dies geschieht - Gott sei Dank - ohne Hass. Im Gegenteil, es passiert unter Lobpreisungen und Segnungen eines Heiligen Geistes. Man sagt uns: Wir dürfen dem Hass keinen Platz gewähren in unserer Gesellschaft, weil sonst die Gespenster der Vergangenheit geweckt würden. Und ich frage mich: Welche Gespenster? Ist das, was wir vor uns haben, nicht gespenstisch genug?

Der Hass existiert, zweifellos. Tagtäglich ist er gegenwärtig in den grossen wirtschaftlichen und politischen Entscheidungen, die auf der Welt getroffen werden. Er ist offensichtlich für diejenigen, deren Blick nicht verstellt ist. Er muss demaskiert und aufgedeckt werden. Der Nazarener der in diesen Tagen durch unsere Strassen getragen wird, hat auch einen vorbildlichen Kampf gegen die politischen und religiösen Autoritäten seiner Zeit geführt und sie öffentlich des Missbrauchs und der Scheinheiligkeit beschuldigt. Er hat seine Jünger vor dem Hass der Dorfbregenten geschützt, was ihm den Tod eingebracht hat: „Wenn die Welt euch hasst, seid euch bewusst, dass sie mich schon vor euch gehasst hat“.